



NIEDERSCHRIFT Nr. 05/2011

Sitzung der Ratsversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 01.09.2011
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Ratssitzungssaal, Bismarckstraße 8, 25421 Pinneberg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Bürgermeisterin Natalina Boenigk - CDU

Mitglieder

Ratsfrau Gabriela Matthies - SPD
Ratsherr Bernd Hinrichs - CDU
Ratsherr Olaf Bengsch - SPD
Ratsherr Jörg Breitsprecher - SPD
Ratsherr Peter Bublitz - CDU
Ratsfrau Ulrike Bues - GAL & Unabhängige
Ratsherr Hermann Bührich - GAL & Unabhängige
Ratsherr Dietrich Drechsler - CDU
Ratsherr Joachim Dreher - GAL & Unabhängige
Ratsherr Martin Engel - FDP
Ratsherr Olaf Etzrodt - FDP bis zur Sitzungsunterbrechung während Pkt. 6.2)

Ratsherr Torsten Hauwetter - CDU
Ratsfrau Anja Hißnauer - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsherr Herbert Hoffmann - SPD
Ratsfrau Helga Kock - SPD
Ratsherr Uwe Lange - DIE BÜRGERNAHEN bis zur Sitzungsunterbrechung während Pkt. 6.2)

Ratsherr Michael Lorenz - CDU
Ratsherr Reinhard Matthies - SPD bis zur Sitzungsunterbrechung während Pkt. 6.2)

Ratsherr Werner Mende - FDP
Ratsherr Marcus Ohlmeier - SPD

Ratsfrau Ilse Ohrt - CDU
Ratsherr Kurt Patzke - CDU
Ratsherr Bernd Pieper - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsherr Ralf Rogall - DIE BÜRGERNAHEN
Erster Stadtrat Klaus Seyfert - CDU
Ratsherr Kai Sibbert - CDU
Ratsherr Manfred Stache - GAL & Unabhängige
Ratsherr Dieter Tietz - SPD
Ratsfrau Angela Traboldt - SPD

Beiratsmitglieder

Herr Claus-Dieter Westphal - Seniorenbeirat bis zur Sitzungsunterbrechung während Pkt. 6.2)
Herr Jannik Thiel - Kinder- und Jugendbeirat bis zur Sitzungsunterbrechung während Pkt. 6.2)

Verwaltung

Frau Kristin Alheit - Bürgermeisterin
Herr Thorsten Backhaus - Komm. FDL Finanzen
Frau Karin Becker - Leiterin FB I
Herr Jan Gawryluk - Leiter KSP
Frau Karin Grandt - FB II bis einschl. Pkt. 6.2)
Herr Michael Hauser - Leiter FB II
Herr Stefan Krappa - Wirtschaftsförderung
Frau Traudchen Perrefort - Leiterin FB IV bis zur Sitzungsunterbrechung während Pkt. 6.2)
Herr Klaus Stieghorst - Leiter FB III
Herr Michael Scheer - Protokollführung

Fehlende Mitglieder

Ratsherr Jürgen Brandt - CDU
Ratsfrau Claudia Patt - GAL & Unabhängige
Ratsfrau Silke Riebensahm - CDU
Ratsfrau Bärbel Schultz - SPD
Ratsherr Gerhard Thomssen - SPD

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Abfassung der Niederschrift vom 23.06.2011

4. Bericht der Verwaltung
5. Bericht des Kinder- und Jugendbeirates
6. Bericht des Seniorenbeirates
- 6.1. Wahlen in Ausschüsse
Drucksache: 11/205
- 6.2. Klage gegen den Kreis vor dem Verwaltungsgericht Schleswig wegen Versagen der Kreiszuwendung für den Neubau der Kindertagesstätte Pinneberg, An der Raa
Drucksache: 11/202
7. Ausbau Elsterstieg
Bauprogramm/HU-Bau/Aufhebung des Sperrvermerkes
hierzuh: Anfrage der Fraktion der GAL & Unabhängigen (DS-Nr. 11/175)
Drucksache: 11/099/1
8. Kommunaler Servicebetrieb der Stadt Pinneberg
- Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 und Ergebnisverwendung
Drucksache: 11/178
9. Mitteilungen
- 9.1. Mitteilung über Entscheidung gem. § 95 d GO i.V.m. § 4 der Haushaltssatzung 2011 der Stadt
Drucksache: 11/181
- 9.2. Bericht zum Stand der Ausführung der Beschlüsse der Ratsversammlung gem. § 45 c Nr. 2 GO; 2. Quartal 2011
Drucksache: 11/169
- 9.3. Bericht zum Stand der Ausführung der in vertraulichen Angelegenheiten gefassten Beschlüsse der Ratsversammlung gem. § 45 c Nr. 2 GO; 2. Quartal 2011
Drucksache: 11/166

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und folgendes verhandelt:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung fest. Gegen diese und ihre weitere Feststellung, dass die Einladung nebst Tagesordnung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist, werden keine Einwendungen erhoben.

Die Vorsitzende beantragt sodann, aus aktuellem Anlass den öffentlichen Teil der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um die Angelegenheiten

„Wahlen in Ausschüsse

(DS-Nr. 11/205)

und

„Klage gegen den Kreis vor dem Verwaltungsgericht Schleswig wegen Versagen der Kreiszuwendung für den Neubau der Kindertagesstätte Pinneberg, An der Raa“

(DS-Nr. 11/202)

zu ergänzen.

Ratsfrau Traboldt beantragt im Namen der SPD-Fraktion hinsichtlich der Klage gegen den Kreis die Ergänzung des nichtöffentlichen Teils der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit. Als Begründung hierfür führt sie den Austausch von Argumenten hinsichtlich der in der Sache abzugebenden rechtlichen Position an. Bei einem Abstimmungsergebnis

von 18 Ja-Stimmen
bei 11 Nein-Stimmen

findet dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Mitglieder.

Die Ratsversammlung beschließt daraufhin

einstimmig,

womit die erforderliche Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Mitglieder erreicht ist, den öffentlichen Teil der Tagesordnung um die beiden dringenden Angelegenheiten zu ergänzen. Sie sollen als Punkte 6.1) und 6.2) behandelt werden.

Über den Vorschlag der Vorsitzenden, den für den nichtöffentlichen Sitzungsteil vorgesehenen Tagesordnungspunkt 10.1) in öffentlicher Sitzung als Punkt 9.3) zu behandeln, sofern keine dem Datenschutz unterliegenden personenbezogenen Daten oder Geschäftsgeheimnisse erörtert werden sollen, besteht Einvernehmen.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Mit E-Mail vom 30.08.2011 hat Herr Jürgen Clausen Anregungen hinsichtlich des Ausbaus des Elsterstieges und des Fasanenweges zu Protokoll gegeben. Herr Clausen ist heute nicht zugegen. Anregungen müssen von Einwohner aber vorgetragen werden. Eine Aufnahme der Anregungen in die Niederschrift über die heutige Sitzung erfolgt daher nicht.

zu 3 Abfassung der Niederschrift vom 23.06.2011

Gegen die Abfassung der Niederschrift vom 23.06.2011 werden keine Einwendungen erhoben.

zu 4 Bericht der Verwaltung

a) Grundstücksangelegenheit Bergquist Company

Bürgermeisterin Alheit weist zunächst auf die bezüglich der Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.08.2011 zu Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung hin. Ergänzend führt sie sodann aus, dass künftig noch andere Gewerbebetriebe Pinneberg verlasen könnten, wenn die Stadt auch weiterhin entsprechend erschlossene Flächen nicht vorhalte und die betroffenen Betriebe sich mit privaten Grundstückeigentümern nicht einigen können. Nachbarkommunen wie zum Beispiel Halstenbek würden entsprechende Flächen vorhalten.

Ratsherr Lorenz bemängelt darauf, dass die Bürgermeisterin in letzter Zeit ihrer Informationspflicht nicht mehr nachkomme. Über die über dreijährigen Bemühungen der Bergquist Company, einen neuen Ansiedlungsstandort zu finden, sei die Politik nie unterrichtet worden. Sie habe dies erst aus der Zeitung erfahren, nachdem sich die Firma bereits entschlossen hatte, nach Halstenbek umzusiedeln. Sich im Übrigen darauf zu berufen, über dieses Angelegenheit in einem Bericht des Wirtschaftsförderers nicht sprechen zu können, sei verkehrt. Ohne weiteres hätte beantragt werden können, diesen Bericht in nichtöffentlicher Sitzung abzugeben. Ratsherr Lorenz geht sodann darauf ein, dass sich ein Ausgleich des städtischen Haushaltes und eine Abschaffung des strukturellen Defizites nicht mehr allein durch Einsparmaßnahmen werde bewerkstelligen lassen. Fatal sei in diesem Zusammenhang, wenn dann ein Unternehmen mit einem für Pinneberg hohem Gewerbesteueraufkommen die Stadt verlasse. Es sollten die Wirtschaftsrunden wieder eingeführt und den Empfehlungen des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein zur Wirtschaftsförderung gefolgt werden. Herrn Krappa neben seiner eigentlichen Arbeit noch zum Pressesprecher gemacht zu haben, sei falsch. Dieser werde in Gänze als Wirtschaftsförderer gebraucht.

Bürgermeisterin Alheit erklärt, dass sie Herrn Krappa und dessen Aktivitäten hinsichtlich der Wirtschaftsförderung für einen absoluten Pluspunkt für Pinneberg halte. Nicht vorhandene erschlossene Gewerbeflächen könne allerdings auch er nicht verkaufen. Dass vertrauliche Unterrichtungen der Politik in nichtöffentlichen Sitzungsteilen am nächsten Tag in der Zeitung stehen, habe sie in den vergangenen Jahren mehr als einmal erleben müssen. Vertraulichkeit sei bei Gesprächen mit Firmen über deren Vorhaben aber oberstes Gebot. Wahrscheinlich wäre die Müssentwiete für die Bergquist Company tatsächlich nicht in Frage gekommen. Eine erschlossene Müssentwiete könnte für andere Firmen aber eine Option darstellen. Deshalb hätte aus ihrer Sicht die Entscheidung zu deren Erschließung schon vor einigen Jahren getroffen werden müssen. Sie persönlich wünsche sich zudem, dass Herr Krappa unverzüglich wieder ausschließlich seiner Tätigkeit als Wirtschaftsförderer nachgehen könne. Sie gehe in diesem Zusammenhang davon aus, dass er die Politik in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen mit seinem erweiterten Tätigkeitsbericht von seiner für die Stadt wertvollen Arbeit als Wirtschaftsförderer überzeugen werde.

Ratsherr Hauwetter zeigt sich entsetzt darüber, dass die Politik, welche alle Anstrengungen unternahme, mehr Gewerbesteuer für die Stadt zu generieren, erst aus der Zeitung erfahren habe, dass ein großer Gewerbesteuerzahler Pinneberg verlässt. Ratsherr Hauwetter geht sodann auf das Mitte 2010 vorgestellte Ergebnis einer Umfrage unter den Pinneberger Unternehmen vom November 2009 ein. Schon damals müsse doch bekannt gewesen sein, dass die Bergquist Company und auch noch andere Unternehmen Abwanderungsgedanken hegen. Trotzdem gebe es bis heute kein Konzept, dem zu begegnen. Auch hätte über diese Abwanderungsgedanken, weil die Stadt gewisse Anforderungen nicht erfüllen könne, im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen in nichtöffentlicher Sitzung konkret gesprochen werden können. Sehr bedauerlich finde er, dass auch am 14.06.2011 im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beim Tätigkeitsbericht des Wirtschaftsförderers nicht über den Weggang der Bergquist Company berichtet worden sei. Laut eigenem Bekunden habe die Verwaltung hierüber seit Juni 2011 doch Bescheid gewusst.

Bürgermeisterin Alheit entgegnet, dass sie sich auch weiterhin an die Wünsche von Unternehmen, bestimmte Informationen nicht an Dritte weiterzugeben, halte werde. Bezüglich der Bergquist Company habe die Stadt im Übrigen mit eigenen Grundstücken nicht punkten können, da sie alle nicht dem Anforderungsprofil der Firma entsprachen. Selbstverständlich habe auch sie persönlich daraufhin versucht, mit anderen Grundstückseigentümern ins Gespräch zu kommen, um das Unternehmen in Pinneberg zu halten. Leider habe dies letztlich nicht zum Erfolg geführt.

Ratsfrau Traboldt führt aus, dass auch in der Ägide der Vorgänger der Bürgermeisterin und des Wirtschaftsförderers große Betriebe Pinneberg verlassen haben. Unfair finde sie, jetzt

nur Bürgermeisterin Alheit und Herrn Krappa die Schuld für die Abwanderung der Bergquist Company in die Schuhe schieben zu wollen. Auch die Politik hätte schon seit längerem die Initiative zur Erschließung neuer Gewerbegebiete ergreifen können. Nun müsse in die Zukunft geschaut und schnellstmöglich von Politik und Verwaltung entsprechend gehandelt werden. Wenn die Fraktion der GAL & Unabhängigen über die Ausführungen von Ratsherrn Lorenz applaudiere, hoffe sie, dass diese auch neuen Gewerbegebieten zustimmen werde.

Ratsherr Dreher erklärt, dass die Initiative, neue Gewerbeflächen in Pinneberg zu realisieren, von der Verwaltung ausgehen müsse. Diese solle daher ein Diskussionspapier für eine Beratung in den zuständigen Gremien erarbeiten. Im Übrigen sei bislang nicht bekannt, wer vertrauliche Informationen aus nichtöffentlichen Sitzungen immer wieder der Presse zuleite. Deshalb solle die Bürgermeisterin die Unterstellung, dass es sich dabei um ein oder mehrere Mitglieder der Selbstverwaltung handele, unterlassen.

Ratsherr Lorenz erinnert an das Stadtumlandkonzept unter Federführung der Bürgermeisterin, von dem seit rd. zweieinhalb Jahren nichts mehr zu hören gewesen sei. Auch der Bebauungsplan Nr. 99, der gemeinsame Gewerbeflächen mit Kummerfeld vorsehe, könne weiter vorangetrieben werden. Ratsherr Lorenz fordert sodann die Bürgermeisterin auf, selbst mehr Firmenbesuche vorzunehmen, die Wirtschaftsrunden wiedereinzuführen und ein besseres Verhältnis zur Wirtschaftsgemeinschaft herzustellen.

Ratsherr Tietz weist die Kritik der CDU-Fraktion an der Arbeit der Bürgermeisterin und des Wirtschaftsförderers aus Enttäuschung über den Weggang der Bergquist Company als ungerrecht zurück. Der Bürgermeisterin müsse zugestanden werden, dass sie nicht alle vertraulichen Informationen seitens der Pinneberger Unternehmen gleich an die Politik weitergibt und selber entscheide, wann sie damit an die Politik oder an die Öffentlichkeit tritt. Wenn sie nicht so handeln würde, wäre es schwierig, überhaupt noch Gespräche mit Unternehmen zu führen. Zudem stelle sich ihm die Frage, wie die CDU-Fraktion denn einen Weggang der Bergquist Company hätte verhindern wollen, wenn sie früher über deren Absicht unterrichtet worden wäre.

Ratsherr Lorenz entgegnet, dass die Verwaltung die Politik ja noch nicht einmal unterrichtet habe, als die Abwanderung des Unternehmens bereits feststand. Offensichtlich sollte der Weggang gegenüber der Politik verschwiegen werden.

Ratsherr Stache spricht sich für die Wiedereinführung von Wirtschaftsrunden aus, um Abwanderungsgedanken von Unternehmen wirksamer begegnen zu können.

Ratsherrn Engel spricht das Grundproblem an, dass Pinneberg über zu wenige Gewerbeflächen verfüge. In den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts sei von der SPD und der GAL versäumt worden, einer Umwandlung der Banskiesen in eine Gewerbefläche direkt an der Autobahn zuzustimmen. Heute müsse damit gelebt werden, dass dies jetzt nicht mehr möglich sei.

Abschließend erklärt Bürgermeisterin Alheit, dass der Verwaltung bezüglich ihres Vorgehens hinsichtlich der Verhinderung der Abwanderung der Bergquist Company kein Vorwurf gemacht werden könne. Seitens eines Teils der Politik würde eine falsche Vorstellung bestehen, wenn gemeint werde, vertrauliche Informationen aus Gesprächen mit Unternehmen könnten in eine Wirtschaftsrunde getragen werden. Niemand hätte zudem den Weggang des Unternehmens verhindern können, wenn sie die Politik früher unterrichtet hätte. Der Vorwurf von Ratsherrn Lorenz, die Verwaltung habe die Abwanderung des Unternehmens verschweigen wollen, sei abwegig. Dies wäre doch sowieso irgendwann aufgefallen. Den Hinweis, das Verhältnis zur Wirtschaftsgemeinschaft zu verbessern, werde sie aufgreifen und beim nächsten Treffen ansprechen. Zudem werde die Verwaltung der Politik hinsichtlich neuer Gewerbeflächen einen Vorschlag unterbreiten. Vorsorglich weist sie in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Politik hierfür dann aber auch die gegebenenfalls erforder-

lichen Mittel zur Verfügung stellen müsse.

b) Ausbau Mühlenstraße

Bürgermeisterin Alheit unterrichtet die Ratsversammlung, dass aller Voraussicht nach die Asphaltierungsarbeiten in der Mühlenstraße am Wochenende abgeschlossen werden können. Dann könne die Straße am 04.09.2011 wieder komplett für den Straßenverkehr freigegeben werden. Allein auf einer Gehwegseite müssten danach noch Nacharbeiten durchgeführt werden. Einladungen an die Mitglieder der Ratsversammlung zur Freigabe habe sie vor der Sitzung verteilt.

c) Westumgehung

Bürgermeisterin Alheit unterrichtet die Ratsversammlung, dass die Stadt zwischenzeitlich den Förderantrag gestellt habe. Die Prüfung der Deutschen Bahn hinsichtlich der Kreuzungsvereinbarung sei in weiten Teilen bereits abgeschlossen, allein der Finanzbereich stehe noch aus. Der Antrag der Pinneberger Westumgehung-Jetzt e. V., vor Gericht beigeladen zu werden, sei indes abgelehnt worden. Hinsichtlich der Ankündigung des Gerichtes von vor den Sommerferien, die Hauptverhandlung für den November/Dezember 2011 terminieren zu wollen, sei festzustellen, dass ihr ein konkreter Termin bis heute noch nicht genannt worden sei.

d) Organisationsgutachten

Bürgermeisterin Alheit berichtet der Ratsversammlung, dass der Verwaltung das Organisationsgutachten der Management consult laut Frau Dr. Mehrmann Ende nächster Woche zugehen solle.

zu 5 Bericht des Kinder- und Jugendbeirates

Die Vorsitzende gratuliert zunächst Herrn Thiel zu seiner Wahl als Vorsitzender des Kinder- und Jugendbeirates.

Herr Thiel stellt sodann der Ratsversammlung den anlässlich der konstituierenden Sitzung am 24.08.2011 gewählten Vorstand des Kinder- und Jugendbeirates vor. Ferner führt er aus, dass der Kinder- und Jugendbeirat dieses Jahr wieder am Kindertag teilnehmen werde und dabei Spenden für das Kinderhospiz sammeln wolle.

zu 6 Bericht des Seniorenbeirates

Die Vorsitzende beglückwünscht Herrn Westphal zunächst zu seiner Wiederwahl als Vorsitzender des Seniorenbeirates.

Herr Westphal dankt der Ratsversammlung sodann zuerst für die Aufnahme ständiger Berichtspunkte für die Beiräte in die Tagesordnung. Danach stellt er den neuen Vorstand des Seniorenbeirates vor. In diesem Zusammenhang dankt er Herrn Heinz Bledau, der für den neuen Seniorenbeirat nicht mehr kandidiert hat, für dessen neunzehnjährige Mitgliedschaft in diesem Beirat. Ferner geht Herr Westphal auf das zwanzigjährige Bestehen des Seniorenbeirates Mitte des nächsten Jahres ein und kündigt die Planung einer dementsprechenden Feierstunde an.

Die Ratsversammlung fasst aufgrund des Beschlussvorschlags der Verwaltung vom 24.08.2011 gemäß der Vorlage DS-Nr. 11/205 den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion für das aus dem Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend ausgeschiedene stellvertretende bürgerliche Mitglied Holger Lampi das stellvertretende bürgerliche Mitglied Philip Boehlke, Grenzdam 10, 25421 Pinneberg.“

Die Wahl durch Handzeichen gemäß § 40 Absatz 2 der Gemeindeordnung ergibt

30 Ja-Stimmen

für den unterbreiteten Wahlvorschlag.

zu 6.2 Klage gegen den Kreis vor dem Verwaltungsgericht Schleswig wegen Versagen der Kreiszuwendung für den Neubau der Kindertagesstätte Pinneberg, An der Raa

Frau Grandt erläutert zunächst den Hintergrund für die gegen den Kreis Pinneberg angestrebte Klage. Danach habe der Kreis der Stadt eine Zuwendung in Höhe von rd. 102.000 € für 40 Elementarplätze für den Neubau der Kindertagesstätte An der Raa verweigert und lediglich eine Zuwendung in Höhe von 255.000 € gewährt. Als Begründung hierfür habe der Kreis angegeben, dass die Stadt für diese 40 Elementarplätze bereits Mittel aus dem Konjunkturprogramm II erhalte. Wenn nun der Kreis für diese Plätze auch noch eine Zuwendung gewähre, würde er damit den nach den Bedingungen des Konjunkturprogramms II seitens der Stadt zu erbringenden Eigenanteil von 12,5 % an den zuwendungsfähigen Ausgaben finanzieren und damit eine Doppelförderung erfolgen. Die Stadt begehre aber seitens des Kreises eine Beteiligung an der Differenz zwischen den geplanten Gesamtbaukosten und der Förderung durch das Konjunkturprogramm II. Die Argumentation des Kreises, bei einer dem Antrag der Stadt entsprechenden Förderung gegenüber den anderen kreisangehörigen Gemeinden gegen den Gleichheitsgrundsatz zu verstoßen, könne von hier nicht beurteilt werden. Abschließend erklärt Frau Grandt hinsichtlich der Erfolgsaussichten bezüglich der Klage, dass es bislang keinen vergleichbaren Fall gegeben habe. Das Bildungsministerium des Landes Schleswig-Holstein sehe die Angelegenheit laut Mitteilung vom gestrigen Tage ähnlich wie die Stadt, dies stelle aber keine verbindliche Rechtsauskunft dar. Die Investitionsbank habe zwischenzeitlich erklärt, dass die mögliche Kreiszuwendung im Förderplan Berücksichtigung gefunden habe.

Ratsherr Hinrichs bittet als Vorsitzender des Ausschusses Soziales, Kinder und Jugend um eine Begründung der von der Verwaltung mit 50:50 beurteilten Erfolgchancen der Klage. Welches Prozessrisiko trage die Stadt bei einer Erhebung der Klage? Wann laufe die Klagefrist aus? Ratsherr Hinrichs geht sodann darauf ein, dass es bei der Klage um einen Betrag in Höhe von 102.258 € gehe. Insofern sei nicht nachzuvollziehen, warum auch in dieser Angelegenheit die Politik erst so spät über die seit Dezember 2010 bekannte Auffassung des Kreises unterrichtet worden sei. Abschließend moniert er, dass die späte Zustellung der Vorlage DS-Nr. 11/202 es der Politik nicht erlaubt habe, sich umfassend mit der Sache auseinanderzusetzen.

Frau Grandt führt darauf zur Begründung der Klage aus, dass nach Auffassung des Kreises primär das Konjunkturprogramm II zuständig sei und bei einer gleichzeitigen Zuwendung durch den Kreis eine Doppelförderung stattfinde. Dabei definiere die dem Konjunkturpro-

gramm II zugrunde liegende Richtlinie genau, wann eine Doppelförderung vorliege. Eine Kreisförderung falle danach nicht darunter. Der Anspruch auf diese Kreisförderung leite sich unmittelbar aus dem sogenannten Kindertagesstättengesetz Schleswig-Holstein ab, worauf die Kreisrichtlinie fuße. In dieser Richtlinie stehe, dass diese bei einer Förderung durch den Bund ergänzend anzuwenden sei. Nach Abwägung der Argumente der beiden Parteien habe sie bei Fertigung der Vorlage die Erfolgsaussichten bei 50:50 gesehen. Nach Bekanntwerden der Auffassung des Bildungsministeriums schätze sie diese jetzt höher ein. Die Klagefrist laufe heute um 23.59 Uhr ab. Deshalb sei die Klage heute bereits vorsorglich eingereicht worden.

Bürgermeisterin Alheit ergänzt, dass nach Erhalt des Zuwendungsbescheides im Dezember 2010 zunächst nur Klärungsbedarf gesehen und mit dem baldigen Erhalt der Förderzusage über die zusätzlichen 102.258 € gerechnet worden sei. Den Widerspruchsbescheid habe die Stadt erst am 01.08.2011 während der Sommerpause erhalten. Wegen der im Streit stehenden Summe sei aber die heute erst zu erreichende Ratsversammlung für die Zustimmung zur Klageerhebung zuständig.

Ratsherr Tietz moniert die Behandlung der Rechtspositionen der Stadt und ihrer Einschätzungen in einem beginnenden Rechtsstreit in öffentlicher Sitzung. Er kritisiert zudem die Nennung der Erfolgchancen in der Verwaltungsvorlage, ohne die Klageerhebung zu begründen. Der heutige Vortrag der Verwaltung stelle größtenteils Sachverhalt dar. Die ihm zur Verfügung stehende Möglichkeit, sich den Widerspruch der Stadt, den Widerspruchsbescheid des Kreises sowie den Bescheid der Investitionsbank anzusehen, habe indes für den Großteil der Ratsversammlungsmitglieder nicht bestanden. Trotzdem sollte heute Abend hier über die Erhebung einer Klage entschieden werden. Diese habe die Verwaltung heute nun bereits erhoben. Stimme die Ratsversammlung der Erhebung nun nachträglich nicht zu, müsste Bürgermeisterin Alheit diese morgen wieder zurückziehen. Ratsherr Tietz geht sodann auf die Klagebegründung im Falle einer Zustimmung zur bereits erhobenen Klage ein. In diesem Zusammenhang müsse er es als erschütternd bezeichnen, was für eine Vorlage der Ratsversammlung in diese Falle vorgelegt worden sei. Bereits 2009 habe die Verwaltung gewusst, dass der Kreis für die Elementargruppen kein Geld geben wolle. Dementsprechend habe der Kreis hierfür auch kein Geld im Haushalt vorgesehen. Hierüber hätte die Politik längst unterrichtet werden müssen. So sei die Chance auf eine eventuelle anderweitige Lösung als eine Klage seitens der Verwaltung leichtfertig vertan worden. Hinsichtlich der Prüfung des Gerichtes, ob die Stadt tatsächlich einen Rechtsanspruch gegen den Kreis habe, habe die Ratsversammlung heute sehr wenig gehört. Eine vernünftige Klagebegründung müsste daher aus seiner Sicht seitens der Verwaltung noch nachgeholt werden.

Ratsherr Dreher bringt zunächst seine Verärgerung über die erst kurzfristig am 22.08.2011 in der Fraktionsvorsitzendenrunde und am 24.08.2011 im Hauptausschuss erfolgte Unterrichtung der Politik über diese Sache zum Ausdruck. Hinsichtlich der am Samstag zugestellten Vorlage DS-Nr. 11/202 kritisiert er vehement den fehlenden Hinweis auf das Ende der Klagefrist. Da deshalb seine Fraktion davon ausgegangen sei, dass in der Sache noch Zeit bestehe, habe sie einen Vertagungsantrag eingebracht, damit die Stadt mit dem Kreis unter Vermittlung des Landes nochmals über die strittige Forderung verhandelt. Auch die von Frau Grandt erwähnten Informationen des Bildungsministeriums und der Investitionsbank hätte seine Fraktion gerne vorher gehabt. Er moniert im Anschluss, dass die Ratsversammlung heute erst auf Nachfrage davon in Kenntnis gesetzt worden sei, dass die Klage heute bereits erhoben worden sei. Zudem sei der Selbstverwaltung der Widerspruch und der Widerspruchsbescheid mit der Vorlage DS-Nr. 11/202 nicht zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt sei das Vorgehen der Verwaltung in dieser Sache als Missachtung der Ratsversammlung zu werten. Angesichts dieser Angelegenheit halte er es für dringend notwendig, das Thema Förderungsmanagement wieder aufzugreifen. Aufgrund der nunmehr heute notwendigen Entscheidung ziehe er den Vertagungsantrag seiner Fraktion jetzt zurück.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Hinrichs führt Ratsherr Engel aus, dass die mit der Einreichung

der Klage verbundenen Gerichtskosten rd. 2.600 € betragen. Im Falle einer Klagerücknahme würden hiervon 2/3 erstattet. Die Stadt werde danach auf jeden Fall auf rd. 900 € Kosten sitzen bleiben. Die erfolgte Klageerhebung sollte daher seines Erachtens als Beginn gesehen werden, ohne anwaltliche Vertretung einen Vergleich herbeizuführen und parallel dazu unter Einschaltung des Landes durch Gespräche eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Bürgermeisterin Alheit räumt das Fehlen eines Hinweises auf die Klagefrist in der Vorlage DS-Nr. 11/202 ein und bittet diesen Fehler zu entschuldigen. Sodann führt sie aus, dass sie die Klage ursprünglich nach Ende der heutigen Ratsversammlungsentscheidung habe erheben wollen. Hiervon sei ihr aufgrund des zu hohen Risikos, dass die Klage aufgrund eines Übermittlungsfehlers oder technischer Schwierigkeiten verfristet, abgeraten worden. Bezüglich der Forderung von Ratsherrn Dreher nach einem Förderungsmanagement müsse sie darauf hinweisen, dass es in dieser Sache allein um eine Rechtsfrage gehe.

In der Zeit von 19.50 Uhr bis 20.10 erfolgt darauf eine Sitzungsunterbrechung.

Nach der Sitzungsunterbrechung bringt Ratsherr Engel den nachstehend aufgeführten Änderungsantrag ein:

„Die Ratsversammlung stimmt der bereits vor dem Verwaltungsgericht Schleswig erhobenen Klage gegen den Kreis wegen Versagen der Kreiszuwendung für den Neubau der Kindertagesstätte Pinneberg, An der Raa, zu.

Der Verwaltung wird empfohlen, das Verfahren selbst, d. h. ohne Rechtsanwälte, zu führen und unter Vermittlung des Landes über die streitige Forderung intensiv mit dem Ziel einer Einigung zu verhandeln.

Kommt es binnen 6 Monaten nicht zu einer Einigung, ist die Ratsversammlung wegen einer möglichen Klagrücknahme erneut mit dem Thema zu befassen.“

Bürgermeisterin Alheit erklärt darauf, dass die Verwaltung diesem Änderungsantrag folgen könne.

Ratsherr Hinrichs und Ratsherr Tietz erklären im Namen der CDU- und der SPD-Fraktion, dem Änderungsantrag zustimmen zu wollen. Ratsherr Tietz fordert in diesem Zusammenhang, dass die Politik über die von der Verwaltung noch mit mehr Qualität zu erstellende Klagebegründung unterrichtet und im Hauptausschuss regelmäßig über den Fortgang der Angelegenheit berichtet werde.

Nach Ende der Erörterung wird der von Ratsherrn Engel eingebrachte Änderungsantrag angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 7	Ausbau Elsterstieg Bauprogramm/HU-Bau/Aufhebung des Sperrvermerkes hierzu: Anfrage der Fraktion der GAL & Unabhängigen (DS- Nr. 11/175)	11/099/1
-------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Die Vorsitzende führt zunächst aus, dass die Ratsversammlung in dieser Angelegenheit lediglich über die Aufhebung des Sperrvermerkes gemäß der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses Umwelt, Naturschutz und Kleingartenwesen vom 29.06.2011 gem.

dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/099/1 zu entscheiden habe.

Ratsherr Stache erklärt im Namen der GAL & Unabhängigen, dass diese der Aufhebung des Sperrvermerkes nicht zustimmen werde. Als Begründung hierfür führt er aus, dass aus Sicht seiner Fraktion zunächst geprüft werden solle, ob eine weitere provisorische Sanierung des Elsterstieges im Jahr mehr Kosten verursache als die Zinsen bei einer Kreditaufnahme für den Ausbau der Straße. Eine entsprechende Antwort sei die Verwaltung im Fachausschuss schuldig geblieben. Auch eine eventuelle Notwendigkeit einer Vollsanierung aufgrund einer Verkehrsgefährdung durch den jetzigen Straßenzustand habe seitens der Verwaltung nicht erklärt werden können. Seiner Ansicht nach gebe es danach Möglichkeiten, die der Politik seitens der Verwaltung noch nicht erklärt worden seien, die Straße jährlich in einem ausreichenden Maße instandzusetzen, ohne dass dadurch die Verkehrssicherheit gefährdet werde. Im Übrigen seien die Eigentümerinnen und Eigentümer im Elsterstieg erst sehr spät darüber unterrichtet worden, dass die Bauarbeiten noch in diesem Jahr beginnen sollen. Diese seien in der Informationsveranstaltung im Mai 2011 zudem vor vollendete Tatsachen gestellt worden. So hatten sie nur über den Vollausbau zu diskutieren, andere Vorschläge wurden nicht aufgenommen. Er schlage deshalb vor, die Entscheidung in dieser Sache zumindest bis in das nächste Jahr zu verschieben, um mögliche Zinszahlungen für die Eigentümerinnen und Eigentümer für dieses Jahr zu vermeiden.

Ratsherr Mende führt aus, dass auch die FDP-Fraktion der Aufhebung des Sperrvermerkes nicht zustimmen werde. Beim Elsterstieg handele es sich um keine Durchgangsstraße, in der die Anwohnerinnen und Anwohner einen Vollausbau so nicht wollen. Aufgrund der Verschlechterung der finanziellen Lage der Stadt wegen der Abwanderung eines großen Gewerbesteuerzahlers solle daher auf den Ausbau verzichtet werden.

Ratsfrau Traboldt erklärt, dass der Ausbau des Elsterstieges bereits von den hierfür zuständigen städtischen Gremien entschieden worden sei und die Ratsversammlung heute nur noch über die Aufhebung des Sperrvermerkes zu befinden habe. Im Übrigen gehöre der Elsterstieg zu den drei schlechtesten Straßen Pinnebergs und müsse dringend saniert werden. Werde hiermit noch einige Jahre gewartet, werde der Ausbau indes noch teurer ausfallen. Die SPD-Fraktion werde daher der Aufhebung des Sperrvermerkes zustimmen.

Ratsherr Bublitz spricht an, dass auch die CDU-Fraktion der Aufhebung des Sperrvermerkes zustimmen werde. In seiner Begründung gibt er Ratsherrn Stache zunächst recht, dass die Anwohnerinnen und Anwohner relativ spät über den geplanten Ausbau unterrichtet worden seien. Auch tauche der geplante Ausbau erst erstmals im Haushalt 2011 auf, während dies in den mittelfristigen Finanzplanungen der Vorjahre mit keinem Wort erwähnt sei. Mit dem Vortrag, durch eine Verschiebung der Maßnahme den Anwohnerinnen und Anwohner noch in diesem Jahr mögliche Zinszahlungen zu ersparen, schüre Ratsherr Stache allerdings fälschlicherweise Angst unter den Betroffenen. Ausbaubeiträge würden frühestens in zwei bis drei Jahren nach Abschluss und Abrechnung der Maßnahme erhoben. Im Übrigen sei eine Straße irgendwann einmal kaputt und müsse erneuert werden, da die Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben sei.

Ratsherr Dreher erklärt, dass aus seiner eigenen Erfahrung sowohl mit dem Auto als auch mit dem Fahrrad die Verkehrssicherheit im Elsterstieg gegeben sei. Er fordere deshalb eine Gleichbehandlung aller Pinneberger Straßen sowie Rad- und Fußwege, wenn der Elsterstieg erneuert werden sollte. Sodann erinnert er an den Grundsatzbeschluss der Ratsversammlung, für zukünftige Investitionen eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzunehmen. Eine entsprechende Antwort auf ihre Anfrage (DS-Nr. 11/175) habe seine Fraktion von der Verwaltung indes nicht erhalten.

Nach Ende der Erörterung fasst die Ratsversammlung aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses Umwelt, Naturschutz und Kleingartenwesen vom 29.06.2011 zur Ziffer 2 des Beschlussvorschlags gemäß Vorlage DS-Nr. 11/175 den nachstehend aufgeführten Be-

schluss:

„Die Ratsversammlung hebt den Sperrvermerk für das Konto 541010 785200003 auf.“

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 19 Ja-Stimmen
bei 7 Nein-Stimmen
und 1 Stimmenthaltung.

Anmerkung der Verwaltung: *Im Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/099/1 war mit der 541010 785200005 ein falsches Produktkonto angegeben.*

zu 8	Kommunaler Servicebetrieb der Stadt Pinneberg - Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 und Ergebnisverwendung	11/178
-------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------

Ratsherr Hauwetter erläutert als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen zunächst die Beschlussempfehlung des Fachausschusses und bittet sodann die Ratsversammlung um entsprechende Zustimmung.

Ratsfrau Kock dankt im Namen der SPD-Fraktion der Verwaltung für die umfangreiche Vorlage, bringt aber ihr Bedauern zum Ausdruck, dass der Jahresabschluss erst so spät gekommen sei. Für die Zukunft wünsche sie sich zeitnähere Jahresabschlüsse.

Ratsherr Engel erklärt, in der Angelegenheit dem Wirtschaftsprüfer vertrauen zu müssen, da die Vorlage für einen durchschnittlich begabten Juristen wie ihn absolut unverständlich sei.

Nach Ende der Erörterung fasst die Ratsversammlung aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 25.08.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/178 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt, dass der der Vorlage DS-Nr. 11/178 als Anlage 1 bis 3 beigefügte Jahresabschluss zum 31.12.2008 des Kommunalen Servicebetriebes der Stadt Pinneberg, bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung und Anhang, in der geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers versehenen Fassung festgestellt wird.

Der Jahresfehlbetrag 2008 in Höhe von 187.284,54 € wird, verrechnet um den Gewinnvortrag aus 2007 in Höhe von 70.657,14 €, auf neue Rechnung vorgetragen.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Mitteilung über Entscheidung gem. § 95 d GO i.V.m. § 4 der 11/181
Haushaltssatzung 2011 der Stadt

Die Ratsversammlung nimmt von den im 1. Halbjahr 2011 gem. § 95 d GO i.V. m. § 4 der Haushaltssatzung 2011 getroffenen Entscheidungen zur Leistung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen Kenntnis.

Auf Nachfrage von Ratsherr Bublitz erklärt Bürgermeisterin Alheit bezüglich der Position 1 - Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen bis zur Höhe von 40.000 € für die Abrechnung der Beihilfeaufwendungen 2010 -, Produkt 111110.504100, dass jährliche Beihilfeaufwendungen von der im Voraus nicht zu bestimmenden Zahl und der Art der Erkrankungen abhängig seien.

Bezüglich der Position 2 - Leistung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen bis zur Höhe von 5.000 € für Schulbücher-, Produkt 21821.527100, bitten Ratsherr Bublitz und die Vorsitzende um Auskunft, warum die Entwicklung des neuen pädagogischen Konzeptes im Schulzentrum Nord zum Beginn der Haushaltsplanung 2011 noch nicht absehbar gewesen sei. Bürgermeisterin Alheit sagt eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

zu 9.2 Bericht zum Stand der Ausführung der Beschlüsse der Rats- 11/169
versammlung gem. § 45 c Nr. 2 GO; 2. Quartal 2011

Die Ratsversammlung nimmt den Stand der Ausführung der im Berichtszeitraum 02.02.2006 bis 30.06.2011 von ihr gefassten Beschlüsse gem. der Anlage 1 zur Vorlage DS-Nr. 11/169 (Stand: 22.06.2011) zur Kenntnis.

zu 9.3 Bericht zum Stand der Ausführung der in vertraulichen An- 11/166
gelegenheiten gefassten Beschlüsse der Ratsversammlung
gem. § 45 c Nr. 2 GO; 2. Quartal 2011

Die Ratsversammlung nimmt den Stand der Ausführung der im Berichtszeitraum 04.11.2010 bis 30.06.2011 von ihr in vertraulichen Angelegenheiten gefassten Beschlüsse gem. der Anlage 1 zur Vorlage DS-Nr. 11/166 (Stand: 22.06.2011) zur Kenntnis.

Die Vorsitzende schließt darauf um 20.40 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Boenigk
Vorsitzende

gez. Scheer
Protokollführer